



Laudatio zu Ehren von Prof. Dr. Jürgen Habermas

Von Laura Garavini

Professor Jürgen Habermas gibt Europa, den europäischen Bürgern und nicht zuletzt der Politik in Europa mit seinem Essay das, was wir derzeit vielleicht am Nötigsten haben: Eine ordentliche Portion Mut. Sein eindrucksvolles und wegweisendes Werk, ausgehend von einer kritischen Analyse des aktuellen sozialen und politischen Zustands, ist eine philosophische Version von „Yes, we can“ auf europäisch. Ein demokratisches, solidarisches und vom Bürgerwillen getragenes Europa ist machbar, sagt uns Jürgen Habermas.

Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Von wegen „apokalyptische Drohungen“, wie vor kurzem in einer großen deutschen Zeitung zu lesen war! Bei aller Kritik an der derzeitigen Politik vibriert Habermas' Werk geradezu vor Zuversicht in die Chancen des Projekts Europa. Es holt uns aus dem rituellen Lamento der Krise und gibt der Politik und der europäischen Öffentlichkeit überfällige Fingerzeige.

Die Politik in Europa ist zurzeit vor allem mit Krisenmanagement beschäftigt, in Italien, in Deutschland, im Grunde in allen europäischen Staaten. Bestimmt ist diese Phase von der latenten Befürchtung, welche neuen Probleme denn morgen auf uns lauern, welche neuen Kapriolen der Finanzmärkte weitere Maßnahmen zur Rettung der Handlungsoptionen erfordern. Da tut es gut, dass der bedeutendste Philosoph und Soziologe der Gegenwart uns allen den Blick hebt – auf die Tatsache, dass Europa nicht das Problem ist, sondern die Lösung sein kann.

Allein damit, dass Habermas sich auf derart kraftvolle Weise in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einmischt, macht er deutlich: Europa, die zukünftige Organisation unseres derzeit noch von nationalstaatlichen Egoismen bestimmten Gemeinwesens, ist unser aller Angelegenheit. Wie die Politik haben sich auch Intellektuelle und maßgebliche Protagonisten der Meinungsbildung in Europa in dieser geschichtlichen Phase zu sehr im täglichen Kleinklein der Krisenbewältigung verloren. Wir müssen den Mut wiederfinden, uns den grundlegenden Fragen Europas zu stellen und überzeugende Antworten auf sie zu finden.

Dies bedeutet keine Absage an die Realpolitik, die schnell und pragmatisch nach den richtigen Entscheidungen im politischen Tagesgeschäft sucht. Aber jede pragmatische Tagespolitik ohne überzeugende Leitideen bliebe orientierungslos und letztendlich auch erfolglos. Wir brauchen Visionen und eine grundsätzliche Idee davon, welches Europa wir wollen – und dafür hat uns Habermas einen wertvollen Kompass gegeben.

Überfällig in diesen Zeiten ist vor allem das Plädoyer, wieder mehr Politik zu wagen. Ein Ja zum Primat der Politik gegenüber dem Primat der Finanzwirtschaft und damit einem Vorrang der auf demokratischem Diskurs basierenden politischen Gestaltung gegenüber der Macht der Finanzmärkte.

Die Lösung unserer derzeitigen Krise besteht nicht in weniger, sondern in mehr Europa. Dabei gilt die Mahnung: Es darf kein technokratisch-postdemokratisches Gebilde, sondern muss ein von supranationalem Bürgerdialog geprägtes, demokratisches und solidarisches Europa sein.

Solidarität. Es tut gut und ist von im europäischen Diskurs nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass *der* deutsche Philosoph der Gegenwart, diesen Begriff in seiner Abhandlung zur Verfassung Europas aufgreift. Damit verbunden ist ein Hinweis für die Politik in Europa, den es meiner Überzeugung nach es ernst zu nehmen gilt. Ohne Solidarität, ohne das Bestreben, die sozialen Ungleichheiten in Europa strukturell abzubauen, werden wir nicht den Zusammenhalt erreichen, der die Grundlage dafür ist, ein demokratisch verfasstes Europa zu realisieren.

Das Konzept einer nationalstaatsübergreifenden Solidarität dringt in den Kern der derzeitigen öffentlichen Debatte in Europa. Diese Solidarität muss politisch realisiert werden, alles andere wird dem europäischen Grundgedanken nicht gerecht.

Eine technokratische Politik, die auf den nicht demokratisch legitimierten Entscheidungen von Elite beruht, mag Teilerfolge in der Bekämpfung der Finanzkrise erzielen können. Aber sie wird nicht die Ursachen der derzeitigen Probleme überwinden können, die zum Teil aus der Machtlosigkeit nationaler Politik gegenüber finanzpolitischer Dominanz resultiert. Die Vision, dass der Entwurf eines supranational, demokratisch verfassten Europas, Demokratie von unten, die Alternative sein kann, ist ebenso faszinierend wie ermutigend. Der vermeintlich alternativlose Gegensatz ‚Mächtige nationale Staaten contra leerer Föderalismus‘ wird auf diese Weise ersetzt durch die Idee einer supranationalen Gemeinschaft von Bürgern, in der die politische Dimension wieder im Vordergrund steht.

Diese Idee ist untrennbar verbunden mit einer Weigerung, die zerstörende Macht der internationalen Kapitalmärkte zu dulden, die massive Probleme verursachen und gleichzeitig diese Probleme zum Anlass nehmen, um auf Lösungen zu drängen, die in erster Linie den Märkten und nicht den Menschen nutzen. Habermas‘ Plädoyer ist ein erfrischender Luftstoß in einer öffentlichen Debatte in Europa, der es im Angesicht der derzeitigen Krise häufig an Ideen und Weitsicht fehlt.

Es gilt den Blick darauf zu richten, welches die eigentlichen Gefahren sind, denen wir in der derzeitigen Krise ausgesetzt sind. Sich den Imperativen der Märkte zu unterwerfen, hieße das Europäische Projekt zu gefährden. Genauso wie es richtig ist, auch die sozialen Dimensionen der Krise zum Thema des öffentlichen Diskurses zu machen. Die Ausschläge der Börse bekommen wir jeden Abend im Fernsehen vorgeführt. Die sozialen Auswirkungen der Krise auf das Leben von Millionen Frauen und Männern, Familien und Kindern sind viel zu selten Gegenstand der Debatte. Da wirkt es aufrüttelnd, wenn Habermas in einem Interview die, Zitat, „himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit“ anklagt, „die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen“.

Die Politik und der öffentliche Diskurs in Europa täten gut daran, diese Mahnung sehr ernst zu nehmen. Es besteht die Gefahr, die sozialen Grundlagen zu zerschlagen, die unerlässlich sind als Basis für ein demokratisch verfasstes Europa. Eine Politik, die entscheidungsstark agiert, sich für die sozialen Folgen aber nicht interessiert, macht sich schuldig, weil sie die Kosten der Krise vorrangig auf die Schwächsten abwälzt und damit

die sozialen Kluften in Europa vertieft. Eine solche Politik richtet nicht nur für den Augenblick Schaden an, weil sie Menschen besonders in den ökonomisch schwächsten Ländern in Not bringt. Eine Politik, die auf dem sozialen Auge blind ist, untergräbt auch einen Teil des Fundaments, auf dem wir ein demokratisches Europa aufbauen wollen.

Die derzeitige Krise macht die demokratische Fragilität Europas deutlich. Die nationalen Regierungen, die in erster Linie ihre nationalen Interessen verfolgen, stehen im Vordergrund – häufig mit einer Politik, die, getrieben von Bürokraten und Experten, dem Diktat der Banken und der Ratingagenturen folgen.

Zu Recht hält Habermas einer bestimmten Art von Politik den Spiegel vor und kritisiert, dass Regierungen Jahrzehnte lang gigantische Staatsschulden gemacht haben, um ihre Legitimation bei den Bürgern zu bewahren. Mit der Finanzkrise ist dieser Ausweg blockiert. Gleichzeitig wird der soziale Frieden gefährdet aufgrund der massiven Sparmaßnahmen, die das Wohlfahrtssystem ins Wanken bringen.

Aber aus dieser Analyse ergibt sich keine Resignation, sondern ein Weckruf: Die regulierende Stärke der Politik, die die sozialen Folgen ihres Handelns im Blick hat, ist die Lösung gegen die imperative Macht der Märkte. Diese Politik, will sie den destruktiven Tendenzen der Finanzmärkte Grenzen setzen, kann niemals eine nationalstaatliche sein. Um das Primat der Politik durchzusetzen und damit die Demokratie in Europa zukunftssicher zu machen, müssen wir europäischer denken und handeln. Die Nationalstaaten werden nicht daran vorbeikommen, Teile ihrer Macht an Europa abgeben – wir müssen dafür sorgen, dass es ein Europa wird, dessen Institutionen und Entscheidungen noch stärker und unmittelbarer demokratisch legitimiert sind als zurzeit.

Wir brauchen in der Politik gestalterische Kraft, die nicht an den Grenzen der Nationalstaaten endet. Bei der zunehmenden Komplexität von Problemen in der Welt, für die die aktuelle Finanzkrise nur ein Beispiel ist, wird es für die einzelnen Staaten immer notwendiger, politische Initiative auch grenzübergreifend ausüben zu können. Hierbei kann Europa eine zutiefst wertvolle Rolle übernehmen.

Europa ist geboren worden mit dem Ziel, Kriege zu vermeiden. Heute zeigt uns Habermas, das Europa die Chance hat, Gegenstand eines noch umfassenderen Projektes werden: Der Schaffung der weltweit ersten supranationalen Demokratie, ein Vorbild für alle neuen und alten Mächte der Welt.

Dabei geht es nicht darum, einen neuen europäischen Superstaat zu gründen, sondern eine supranationale Union zu kreieren, die demokratisch verfasst die gemeinsamen europäischen Interessen realisiert. Anstatt eines politisch vielfach noch impotenten Europas, das Opfer nationaler Egoismen ist, können wir ein Europa der Unionsbürger und Völker schaffen. Nicht die Börsen, sondern die Bürger rücken in den Vordergrund. Es ist eine faszinierende Idee, dass die europäischen Bürger und Völker, als gemeinsam verfassungsgebende Akteure, Europa in eine neue demokratische Dimension führen. Es ist die kraftvolle Vision, die Europa in seiner jetzigen, von Krisen geprägten Situation benötigt. Weil sie deutlich macht, dass all jene Politik zum Scheitern verurteilt ist, die ihre intransparent getroffenen Vereinbarungen zwischen Exekutiven mit Drohungen und Sanktionen auf Kosten der Mitspracherechte von Parlamenten durchsetzen möchte. Auf die jetzige Krise ist nicht weniger, sondern mehr Demokratie die Lösung – für eine bessere Zukunft der Bürger und Völker Europas.

Für diesen Prozess der Demokratisierung Europas müssen die Menschen in Europa zusammenwachsen. Dies gilt für die bereits angesprochenen sozialen Verhältnisse. Es gilt aber auch für das gegenseitige Verständnis füreinander. Dies ist Voraussetzung für eine über nationale Grenzen hinausreichende demokratische Willensbildung. In diesem Zusammenhang kann man sich dem Wunsch, dass die Leitmedien aller Länder stärker und weniger vorurteilsbelastet die politischen Diskussionen auch in anderen Mitgliedsstaaten abbilden, nur vorbehaltlos anschließen. Angesichts des verbreiteten negativen Populismus gegenüber Europa sind Politik und Medien gemeinsam gefordert, die europäischen Bürger von der europäischen Zukunft zu überzeugen.

Mehr Verständnis füreinander – es hat mich gefreut, dass Professor Habermas in diesem Zusammenhang auch die positive Wirkung der Migration in Europa unterstreicht. Die Migration innerhalb Europas trägt ihren Teil dazu bei, dass die Grenzen auch geistig überwunden werden und ist damit ein nicht zu unterschätzendes Element der europäischen Integration.

Das Werk „Zur Verfassung Europas“, für das Jürgen Habermas heute unter anderem geehrt wird, zeigt uns den Weg zu einer neuen demokratischen Dimension. Seit mehr als zwei Jahren sind wir Opfer einer öffentlichen Debatte, die um die finanzpolitischen Maßnahmen zur Rettung des Euros kreist. Eine Debatte, die Gefahr läuft, in einer Niederlage des europäischen Projektes zu münden. Habermas gelingt es, uns eine neue Perspektive zu geben: Europa steht nicht am Rande der Pleite, Europa kann das Vorbild sein für eine neue Ära – eine Ära der supranationalen Demokratie und Solidarität, als erster Schritt zu einer Weltbürgergesellschaft mit einer globalen Verfassungsordnung.

Herr Professor Habermas, es ist nicht das erste Mal, dass Sie sich mit Verve dem Thema Europa widmen. In der jetzigen historischen Phase ist Ihre Intervention für uns alle von besonderem Wert. Nicht als Deutsche und nicht als Italienerin, sondern als Europäerin sage ich Ihnen hierfür aus tiefstem Herzen Dank und gratuliere Ihnen zum Georg-August-Zinn-Preis.

Wiesbaden, 5. September 2012

Laura Garavini
Abgeordnete im italienischen Parlament